

## Vorlage Stadtparlament

Datum 28. Mai 2024  
Beschluss Nr. 4027  
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

### Interpellation Die Mitte / EVP-Fraktion: Ist die Sicherheit der Stadt St.Gallen noch gewährleistet?; schriftlich

Die Mitte / EVP-Fraktion sowie weitere mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 5. Dezember 2023 die beiliegende Interpellation «Ist die Sicherheit der Stadt St.Gallen noch gewährleistet?» mit insgesamt 23 Unterschriften ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Wie bereits zu einem politischen Vorstoss im letzten Jahr<sup>1</sup> ausgeführt wurde, legen der Stadtrat und die in St.Gallen für sicherheitspolizeiliche Belange zuständige Stadtpolizei grossen Wert darauf, den Sicherheitserwartungen der Bevölkerung zu entsprechen. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung ist gerade auch in Zentrumsstädten wie St.Gallen von grundlegender Bedeutung.

Zwischen Februar und April 2023 wurde eine Bevölkerungsbefragung durchgeführt, um ein allgemeines Stimmungsbild zur empfundenen Lebensqualität in der Stadt St.Gallen zu erhalten.<sup>2</sup> Neben anderen Aspekten galt der Fokus auch dem Themenbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dabei zeigte sich, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in der Stadt St.Gallen am Tag durchwegs sehr hoch ist. Anders verhält es sich in der Nacht: Dann fühlt sich gerade die Bevölkerung im Seniorenalter deutlich weniger sicher als die jüngere Bevölkerung.

Nimmt man die Angaben des Bundesamtes für Statistik<sup>3</sup> zur Hand, so zeigt sich aktuell in Bezug auf Gewaltdelikte<sup>4</sup> in der Stadt St.Gallen das folgende Bild:

---

<sup>1</sup> Vgl. die Antwort des Stadtrats auf die Einfache Anfrage [«Ist die Stadt noch sicher? Gewalttaten stoppen jetzt»](#), Vorlage Nr.2642 vom 28. März 2023.

<sup>2</sup> S. [Bevölkerungsbefragung Stadt St.Gallen 2023 / Ergebnisbericht](#).

<sup>3</sup> Statistik [«Auswahl von Straftaten, nach Städten ab 30'000 Einwohner»](#).

<sup>4</sup> Umfassend folgende Tatbestände: Tötungsdelikte (Art. 111-113/116), Schwere Körperverletzung (Art. 122), Einfache Körperverletzung (Art. 123), Verstümmelung weiblicher Genitalien (Art. 124), Tötlichkeiten (Art. 126), Beteiligung Raufhandel (Art. 133), Beteiligung Angriff (Art. 134), Raub (Art. 140), Erpressung (Art. 156), Drohung (Art. 180), Nötigung (Art. 181), Zwangsheirat (Art. 181a), Freiheitsberaubung/ Entführung (Art. 183), Freiheitsb./Entf. schwerer Fall (Art. 184), Geiselnahme (Art. 185), Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285), Sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190).

<b>Gewaltdelikte</b>	<b>Stadt St.Gallen (Häufigkeitszahl)</b>
2019	6.8
2020	6.5
2021	6.9
2022	7.6
2023	8.1

*Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten, errechnet auf 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner der ständigen Wohnbevölkerung am Ende des Vorjahres.*

Der Wert für das Jahr 2023 ist im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen, er liegt damit im Städtevergleich leicht über dem Durchschnitt (7.8). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den Anstieg der Fallzahlen bei den Straftatbeständen Einfache Körperverletzung, Raufhandel / Angriff sowie Gewalt und Drohung gegen Beamte zurückzuführen.<sup>5</sup> Gerade bei Einfacher Körperverletzung, Raufhandel / Angriff ist aber weniger von einer signifikanten Zunahme an entsprechenden Vorkommnissen, sondern eher von einem veränderten (d.h. aktiveren) Anzeigeverhalten auszugehen.

Die Resultate aus der Bevölkerungsbefragung lassen grundsätzlich darauf schliessen, dass im Allgemeinen die polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum als durchaus angemessen angesehen wird. Voraussetzung dafür, dass die Polizei ihren Auftrag erfüllen kann, sind aber ausreichende personelle Ressourcen. Aktuell muss generell in der Schweizer Polizeilandschaft ein Personalmangel festgestellt werden. Auch die Stadtpolizei weist einen Unterbestand auf. Dieser ist nicht nur im Alltagsgeschäft spürbar, sondern auch im Extradienst, wie er gerade im Zusammenhang mit diversen Veranstaltungen in der Stadt St.Gallen und darüber hinaus (Fussballspiele, Demonstrationen, Festanlässe, WEF etc.) erforderlich ist. Den personellen Engpässen wurde im Sommer des Jahres 2023 mit verschiedenen Massnahmen – Unterstützung der Frontpolizei durch Polizeiangehörige aus dem «Büro», Zurückstellen nicht dringender bzw. niederschwelliger Einsätze wie Bearbeitung von Lärmklagen oder präventive Kontrolltätigkeiten, Aussetzen von Ausbildungen – begegnet. Dringliche Vorkommnisse, einschliesslich Gefahrensituationen, konnten und können jedoch jederzeit bewältigt werden.

## **2 Beantwortung der Fragen**

### *1. Inwieweit kann die Stadt – unter Berücksichtigung der aktuellen Herausforderungen – die Sicherheit mit dem aktuellen Personalbestand der Stadtpolizei noch gewährleisten?*

Die Sicherheit in der Stadt St.Gallen kann weiterhin gewährleistet werden. Das ändert allerdings nichts daran, dass die Personallage bei der Stadtpolizei trotz der getroffenen Massnahmen, welche lediglich der «Überbrückung» dienen können, angespannt bleibt. Auf Dauer können die gerade auch individuellen Belastungen (überdurchschnittlich viele Einsätze pro Person verbunden mit zu wenig Erholungszeit und Kompensationsmöglichkeiten) wegen zu tiefer Mannschaftsbestände nicht getragen werden; sie können auch zu zusätzlichen Abgängen führen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass auf Bestandeslücken nicht wie bei anderen Berufsgattungen unmittelbar über den Arbeitsmarkt reagiert werden kann. Polizistinnen und Polizisten werden aus einem entsprechenden Bewerbungsprozess

<sup>5</sup> Vgl. [Kriminalstatistik Kanton St.Gallen 2023](#), S. 96 insgesamt bzw. S. 6 in der Beilage 7.1.

heraus zunächst als Aspirantinnen und Aspiranten an der Polizeischule Ostschweiz in Amriswil ausgebildet, durchlaufen danach als Polizistinnen und Polizisten in Ausbildung das Praxisjahr und können erst danach, also nach zwei Jahren, vollausgebildet in das Korps aufgenommen werden. Bestandslücken können daher erst mit Verzögerung korrigiert werden. Bei der Stadtpolizei ist eine Verbesserung der Situation auf Ende Oktober 2024 zu erwarten, wenn 15 Aspirantinnen und Aspiranten aus der Polizeischule ins Praxisjahr bei der Stadtpolizei stossen. Per Ende Oktober 2025 kommen dann 15 weitere solche Polizistinnen und Polizisten in Ausbildung zur Stadtpolizei.

*2. Sieht der Stadtrat, analog der Kantonsregierung, einen Handlungsbedarf, um den Beruf der Polizistinnen und Polizisten wieder attraktiver zu gestalten und wenn ja, wie möchte er diesen ausgestalten? Könnten für allfällige Lohnanpassungen die freiwerdenden Mittel aus den Wohnsitzzulagen verwendet werden?*

Im letzten November folgte der St.Galler Kantonsrat zum Budget 2024 seiner Finanzkommission und erhöhte den Personalaufwand bei der Kantonspolizei um eine Million Franken. Die Erhöhung wurde mit den Vorgaben verknüpft, bei der Kantonspolizei eine einheitliche Umsetzung des Lohnsystems sicherzustellen sowie personalpolitische Herausforderungen wie die hohe Fluktuation, die Zufriedenheit der Mitarbeitenden, die Förderung von Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Organisationskultur anzugehen.

Polizistinnen und Polizisten fehlen zurzeit an vielen Orten. Insofern ist die Überlegung, dass der Polizeiberuf als solcher wieder attraktiver werden sollte, sicherlich richtig. Eine zentrale Rolle spielen aber auch die konkreten Arbeitsbedingungen in einer Polizeiorganisation, welche massgeblich darüber entscheiden, ob man als Polizistin oder Polizist gerade in dieser Organisation oder in einer anderen tätig sein möchte. Bei diesen Arbeitsbedingungen geht es auch um den Lohn. Danebst geht es aber auch um weitere Aspekte, wie sie etwa zum kantonalen Budget 2024 erwähnt wurden. Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Förderung von weiblichen Karrieren, Teilzeitangebote und zukunftsorientierte Führung sind Themenfelder, welche die Stadtpolizei schon heute beschäftigen und wozu bereits vor einiger Zeit zusammen mit anderen Polizeikorps ein Projekt mit der Fachhochschule OST lanciert wurde. Dass im Wettbewerb um die besten Kandidatinnen und Kandidaten für den Polizeidienst auch dem Lohn (in grundsätzlicher Hinsicht, aber auch in Bezug auf individuelle Lohnerhöhungen sowie Zulagen) eine wesentliche Bedeutung zukommt, steht ausser Frage. Derzeit wird in der gesamten Stadtverwaltung geprüft, ob bei gewissen Berufsgruppen Lohnanpassungen nötig sind, welche mit den durch die Abschaffung der Wohnsitzzulage frei werdenden Mitteln vorgenommen werden könnten.

*3. Welche Massnahmen erachtet der Stadtrat als dringlich, damit in Zukunft bei Einsätzen keine Triage mehr notwendig wird?*

Es wird auf die oben stehenden Ausführungen verwiesen.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

Beilage:

- Interpellation vom 5. Dezember 2023